

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 5

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Ende von Evian

Zwischen Frankreich und Algerien wurde am 15. April 1971 ein neues Blatt aufgeschlagen

Als Korrespondent hatte ich 1962 Gelegenheit, der französisch-algerischen Friedenskonferenz in Evian und dann der Proklamierung der algerischen Unabhängigkeit in Algier beizuwohnen. Schon damals wusste man, dass die Räder der Geschichte zwischen Frankreich und Nordafrika nicht stehenbleiben. Nach Verwirklichung der politischen Unabhängigkeit rückte für Algerien auch die wirtschaftliche Selbständigkeit unaufhaltsam auf die Tagesordnung.

Nach 20 Monaten fruchtlosen Verhandlungen haben Frankreich und Algerien nun am 15. April 1971 ihren bisherigen «Vorzugsbeziehungen» ein Ende gesetzt. Die beiden Länder haben damit die besonderen wirtschaftlichen und industriellen Bindungen, die im Vertrag von Evian 1962 festgelegt wurden, endgültig gesprengt. Sie wollen sich künftig gegenseitig nur noch als «normale» Partner betrachten und dabei in jedem Einzelfall ausschliesslich von konkreten Interessen und finanziellen Überlegungen ausgehen.

Öl und Wein

Der Streit um das Sahara-Erdöl spielt dabei eine wichtige Rolle. Algier hatte in den letzten Monaten Frankreich dreimal vor vollendete Tatsachen gestellt. Zuletzt durch 51prozentige Enteignung der französischen Ölfirmen mit einer Entschädigung, die nur einem Viertel der französischen Forderungen entsprechen.

Im direkten Auftrag Pompidous hatte der Berufsdiplomat Hervé Alphand den Auftrag, die Verhandlungen mit Algerien möglichst lang hinauszuziehen und dabei um technische Einzelheiten und finanzielle Prozeduren hart zu feilschen. Diese Taktik war abwegig. Nun sind die Erdölverhandlungen endgültig gescheitert. Frankreich sucht neue Lieferanten, Algerien neue Kunden.

Die Erdölverhandlungen zwischen Paris und Algier sind auf staatlicher Ebene endgültig abgebrochen. In Paris erklärt man: die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben nichts mehr zu verlangen und auch nichts mehr zu geben.

Die französischen Firmen können jedoch auf eigene Faust mit dem algerischen Öltrust Sonatrach verhandeln und dabei entscheiden, ob sie noch weiterhin auf das Saharaöl Wert legen oder sich nach neuen Lieferanten umsehen wollen. Jedenfalls wird Erdöl in Frankreich teurer werden. Davon sind auch die kleinen Verbraucher betroffen, die ab Mai Benzin und Heizöl um einige Centimes teurer bezahlen müssen.

Mit dem Öl versiegt auch der algerische Wein. Er wird nicht mehr nach Frankreich fließen. Für die französischen Winzer bedeutet dies eine Erleichterung. Die massive Einfuhr algerischen Weins, zu der sich Frankreich verpflichtet hatte, gab in den letzten Jahren immer wieder Anlass zu heftigen Protesten und gewalttätigen Demonstrationen in Südfrankreich.

Da die Algerier als Mohammedaner in ihrer grossen Mehrheit keinen Wein trinken, waren die von der französischen Kolonialherrschaft gepflanzten Reben für Algier nur noch ein Mittel zur Devisenbeschaffung. Wie weit sich nun der von Boumedienne verkündete Beschluss, die Rebkulturen umzuackern und stattdessen Wiesen und Weiden zu pflanzen, praktisch verwirklichen lässt, ist noch nicht klar.

Arbeiter und Techniker

Die technische und kulturelle Zusammenarbeit soll jedoch bis auf weiteres fortgesetzt werden. Erst kürzlich wurde diesbezüglich zwischen Paris und Algier ein neuer Vertrag unterzeichnet. Es gibt derzeit noch 4600 französische Fachleute in Algerien. Boumedienne verlangte 2000 weitere, Paris hatte aber aus Ersparnisgründen nur 575 bewilligt. Pompidou hofft nichtsdestoweniger, dass durch weitere Pflege der französischen Sprache in Algerien gewisse Chancen für eine Verständigung in späteren Jahren gewahrt bleiben.

Das Schicksal der 500 000 algerischen Gastarbeiter in Frankreich ist allerdings ungewiss. Der 1969 abgeschlossene Vertrag über die nahezu automatische Einwanderung algerischer Arbeitskräfte nach Frankreich läuft demnächst ab und dürfte in seiner bisherigen Form nicht mehr verlängert werden. Paris hat dieser Tage ausserdem einen Vertrag mit Lissabon über die Einwanderung portugiesischer Gastarbeiter unterzeichnet.

Auf Grund der Massenarbeitslosigkeit in Algerien war die Frage der Gastarbeiter bis jetzt eine wichtige Karte im französisch-algerischen Poker. Die algerischen Arbeiter durften jährlich eine Milliarde Francs zu Vorzugsbedingungen in ihre Heimat überweisen. Von dieser Summe lebten ein bis zwei Millionen Algerier.

Neue Lage im Mittelmeer

Frankreichs Rückzug aus Algerien schafft im westlichen Mittelmeer eine neue politische Situation. Das Gewicht der beiden Supermächte wird schwerer. Nicht nur Erdöl und Erdgas, sondern vor allem die strategische Situation Algeriens an der Südflanke Westeuropas und an einem Knotenpunkt der Mittelmeerverbindungen waren entscheidende Gründe für die französische Strategie und Taktik der letzten Jahre.

Die steigende Zahl sowjetischer Fachleute und Techniker in Algerien zeigt, dass die frühere französische Kolonie neue Wege geht. Die Erdgasverhandlungen Algeriens mit amerikanischen Gesellschaften beweisen andererseits, dass sich Boumedienne keineswegs einseitig festlegen will.

Nicht nur zwischen Paris und Algier, im ganzen westlichen Mittelmeer ist ein neues Blatt aufgeschlagen.

Verstärkte Aktivität Pekings im Nahen Osten

Die letzte Entwicklung im Nahen Osten und in Afrika, sowie andererseits die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen nunmehr den meisten Ländern der Welt und dem kommunistischen China lenken gegenwärtig die Aufmerksamkeit auf die neue Offensive der chinesischen Diplomatie im Mittleren Osten.

Während der sogenannten Kulturrevolution war die chinesische Aussenpolitik weitgehend lahmgelegt. Die chinesischen Botschafter wurden fast überall abberufen. Nur in Kairo war der chinesische Botschafter Huang Hua verblieben. In sechs anderen arabischen Ländern (Algerien, Marokko, Sudan, Syrien, Irak und Jemen) gab es wohl noch Botschaften, die Missionschefs waren aber nach Peking zurückberufen. 1967 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und Tunis abgebrochen, auch das 1965 in Peking von Achmed Schukeiri errichtete «Büro der Organisation für die Befreiung Palästinas», eine Art diplomatische Vertretung, war eingeschlafen. Seit 1969 begann der neue Start der chinesischen Diplomatie in beschleunigtem Tempo. Vom April bis Juni 1969 wurden die chinesischen Botschaften in Syrien, Algerien, Jemen und Sudan neu besetzt, in der neuen Republik Südjemen (Hauptstadt Aden) wurde eine chinesische Botschaft errichtet. In Irak und Marokko wurden chinesische Geschäftsträger ernannt. In Kairo und Peking wurden die jeweiligen Botschaften neu besetzt. Nur in Jordanien, Libanon und Libyen hat China bis jetzt keine diplomatischen Vertreter.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Peking der Palästinabewegung El Fatah. Ihr Chef Yasser Arafat konnte bei seinen Reisen im Februar und März 1970 nach Moskau und Peking feststellen, dass er auf das kommunistische China mehr rechnen kann als auf die Sowjetunion. Er brachte dies in einer in Peking gehaltenen Rede auch deutlich zum Ausdruck. Arafat wurde in Peking von Premierminister Tschu En-lai und dem stellvertretenden Premierminister Li Hsien-Lien feierlich empfangen, in Moskau hingegen war er nur Gast eines «Komitees für Afro-asiatische Solidarität». Die Palästinenser bekommen aus China leichte Waffen und propagandistische Unterstützung. Die besondere Sympathie Pekings gehört allerdings dem extremen Flügel der Palästinabewegung, der «Demokratischen Volksfront für Befreiung Palästinas» unter der Führung von Hawatmeh, der sich offen zum «Maoismus» bekennt.

Weniger Erfolg hatte Peking in Kairo. Ein Schreiben Tschu En-lais an Nasser im Februar 1970 wurde von ägyptischer Seite nur mit Höflichkeitsformeln beantwortet. Die starke Position der Sowjetunion in der VAR spielte dabei eine wesentliche Rolle.

Die Rivalität zwischen Moskau und Peking macht sich im Nahen Osten immer mehr bemerkbar. Der sowjetische Rundfunk attackiert immer wieder die chinesische Politik im Nahen Osten und in Afrika.

Ein russisch-chinesisches Tauziehen gibt es auch um Aden, wo sowohl die Sowjetunion als auch China diplomatische Vertretungen haben. Es ist Moskau trotz mehrfachen Bemühungen nicht gelungen, Südjemen von engeren Beziehungen mit dem kommunistischen China abzuhalten. Der südjemenitische Aussenminister besuchte Peking schon im September 1968 und dann wieder im August 1970 mit einer grösseren Delegation unter der Leitung des Präsidenten der südjemenitischen Republik Salem Robaya Ali. In dieser Delegation befanden sich auch die südjemenitischen Minister für Wirtschaft, für öffentliche Arbeit und für Landwirtschaft. Mao Tse-tung empfing diese Delegation persönlich. Ebenso verhandelten Tschu En-lai und der Chef des chinesischen Generalstabes, Huang Yung Che, mit den Südjemeniten. Ein Wirtschaftsvertrag wurde unterzeichnet. In einem gemeinsamen Communiqué wurde die Unterstützung Volkschinas für die Palästinabewegung und für den «Kampf der Völker des arabischen Golfes» unterstrichen.

Eine Delegation der «Volksfront für die Befreiung des arabischen Golfes» kam gleichfalls kürzlich nach Peking unter der Leitung von Salal Mahmud. Peking interessiert sich sehr für die Guerillakämpfe im Süden des Sultanats von Maskat und Oman, das direkt an Südjemen grenzt.

Auch in Oman wurde kürzlich eine «Demokratische Nationalfront für die Befreiung von Oman und den Golf von Arabien» gegründet.

Die chinesische Botschaft in Aden hat u. a. einen Militärattaché, der auch mit Guerillabewegungen in Afrika in Kontakt ist. Über Aden gehen Waffen, Verpflegung, Rekruten, die in China für den Volkskrieg ausgebildet werden.

Der Nahe Osten ist für China vor allem auch ein Sprungbrett nach Afrika. In diesem Sinn muss auch die kürzlich erfolgte Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Peking und Addis Abeba verstanden werden. Alle ostafrikanischen Länder (Somali, Sudan, Kenia, Uganda und Tansanien) haben nunmehr Volkschina diplomatisch anerkannt.

Georg Scheuer